

NACHRICHTEN

Vermögen steigen stärker als Löhne

**Berlin.** Die Bundesregierung geht nach „Bild“-Informationen für die kommenden Jahre davon aus, dass die Vermögen in Deutschland deutlich stärker steigen werden als die Löhne. Wie die Zeitung unter Berufung auf Zahlen des Bundesfinanzministeriums berichtet, steigen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen bis 2014 voraussichtlich „um jahresdurchschnittlich 4,5 Prozent pro Jahr“. Die Rate liegt um mehr als das Zweifache über dem erwarteten Lohnanstieg der Beschäftigten. Für die Arbeitnehmerentgelte wird bis 2014 ein Plus von zwei Prozent im Jahr vorausgesagt. (ddp)

Iran fährt ersten Atomreaktor an

**Teheran.** Der Iran will heute sein erstes Atomkraftwerk anfahren, den Reaktor in Buschehr. Dem Bau einer Atombombe wird das Land nach Einschätzung von Experten damit allerdings nicht näherkommen: Russland stellt das angereicherte Uran bereit, das als Brennstoff dient, und nimmt auch die verbrauchten Brennstäbe wieder ab, die zur Produktion von waffenfähigem Plutonium genutzt werden könnten. Für den Iran bedeutet das Anfahren des Reaktors nach jahrzehntelangen Verzögerungen dennoch einen Meilenstein. Das Land strebt nach eigenen Angaben ohnehin nicht nach der Atombombe. (trr)

Indien pachtet Atom-U-Boot

**Moskau.** Russland hat Berichten zufolge ein Atom-U-Boot an Indien verpachtet. Die Nachrichtagenturen Ria Novosti und Interfax meldeten, das U-Boot „Nerpa“ sei mit einer indischen Besatzung in Richtung Indien aufgebrochen. Auf dem U-Boot war es 2008 bei Erprobungsfahrten zu einem schweren Unfall gekommen, der 20 russische Seeleute das Leben kostete. Es war das schwerste Unglück in der russischen Marine seit dem Untergang des Atom-U-Boots „Kursk“ 2000, bei dem 118 Seeleute umkamen. (apn)

Beust will schnell wieder arbeiten

**Hamburg.** Hamburgs scheidender Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) will nach seinem Rücktritt am 25. August schnell einen beruflichen Neuanfang finden. „Ich werde spätestens im Oktober wieder arbeiten und den Steuerzahlern bis zu meiner regulären Pensionsgrenze nicht auf der Tasche liegen“, sagte Beust. Er plane den Wechsel in „eine Berater Tätigkeit, bei der ich mir meine Arbeitszeit selbst einteilen kann“. Wegen seiner Pläne habe er sich geärgert, „dass so getan wird, als würde ich mit meiner Politiker-Pension nur noch auf Sylt Dolce Vita machen“. Beust sagte, er habe sein Amt bereits im März aufgeben wollen, sich dann aber wegen des Volksentscheids über die Schulreform umentschieden. (ddp)

Koalition streitet über Burka-Verbot

**Berlin.** In der Koalition streiten Integrationspolitiker von FDP und CDU/CSU darüber, ob in Deutschland die islamische Ganzkörperverschleierung in der Öffentlichkeit verboten werden soll. Der Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stefan Müller, widersprach gestern in Berlin dem FDP-Politiker Serkan Tören, der für ein Burka-Verbot eintritt. Für die Integrationsdebatte sei ein Verbot „das absolut falsche Signal“, sagte Müller. Wegen der „verschwindend geringen“ Zahl der Burka-Trägerinnen sei jedoch ein grundsätzliches Verbot abzulehnen, argumentierte der Unionspolitiker. (epd)



Palästinenser stehen getrennt nach Männern und Frauen an einem Übergang in Jerusalem an, um zum Gebet in die Al-Aksa-Moschee zu gelangen.

–FOTO: NASSER SHIVOUKHI/AP

Bevölkerung traut dem Frieden nicht

USA laden Israelis und Palästinenser zu direkten Nahost-Gesprächen ein – Israelische Soldaten demontieren Mauer in Jerusalemer Stadtteil Gilo

Nach mehr als anderthalb Jahren Unterbrechung wollen Israel und die Palästinenser unter der Schirmherrschaft der USA ihre direkten Verhandlungen über eine Friedenslösung wieder aufnehmen. US-Präsident Barack Obama lud Spitzenvertreter beider Seiten für den 2. September zu einem Treffen ein, verlautete gestern aus diplomatischen Kreisen.

VON GIL YARON

**Tel Aviv.** Auch wenn es in Israel mancherorts Zeichen friedlicher Kooperation mit den Palästinensern gibt, bleibt die Bevölkerung pessimistisch. „Dies sind historisch gesehen die wichtigsten Aufnahmen, die ich bisher gemacht habe“, sagt Jair, ein junger Student der Fotografie, der an diesem heißen Sommertag eigens nach Gilo, ein jüdischer Stadtteil Jerusalems, gekommen ist,

um einen Armeelaster abzulichten. Eine kleine Truppe israelischer Soldaten ist angerückt, um eine insgesamt 600 Meter lange, graue Mauer aus Stahlbeton zu demontieren.

Zehn Jahre lang standen die vier Meter hohen Betonblöcke hier an Straßenrändern, neben Schulen, Synagogen und Kindergärten, um die Bewohner Gilos vor Scharfschützen im nahen Beit Jallah, ein Vorort der palästinensischen Stadt Bethlehem, zu bewahren. Jetzt hat die Armee beschlossen, die Mauer abzubauen: Es ist ein Zeichen des neuen Vertrauens zu den palästinensischen Sicherheitskräften, sagt Armeesprecher, Hauptmann Arieh Schalikar.

Zu Beginn der zweiten Intifada war Gilo ein Brennpunkt, an dem aus Kooperation zwischen Israelis und Palästinensern wieder Krieg wurde, ein Symbol des gescheiterten Osloer Friedensvertrags. Doch inzwischen hat sich der Krisenherd wieder beruhigt: Seit Jahren gab es hier keine Schusswechsel mehr. Jetzt, so meint die Armeeführung,



Ein Laster transportiert die im Jerusalemer Stadtteil Gilo abgebauten Mauerteile weg.

–FOTO: GIL YARON

ist keine Mauer mehr nötig. Sie lobt die Kooperation mit den Palästinensern, wenn auch nur hinter vorgehaltener Hand, um ihre Partner auf der anderen Seite nicht zu desavouieren.

Nicht nur zwischen den Militärs, auch auf diplomatischer Ebene scheint ein Ende der Eiszeit in Sicht. Am 2. September sollen Israelis und Palästinenser, auf Einladung der USA und des Nahost-Friedensquar-

tetts (Russland, EU, UN und die USA) nach anderthalb Jahren Stillstand in Washington unter der Schirmherrschaft von US-Präsident Barack Obama wieder direkte Friedensverhandlungen aufnehmen. Dafür waren Zugeständnisse an beide Seiten erforderlich. Israel erzwang, dass die Forderung nach einem Siedlungsbaustopp im Westjordanland nur indirekt erwähnt wird, dafür wurde der Zeitrahmen für den Abschluss der Verhandlungen von zwei Jahren auf ein Jahr verkürzt. Trotz der anhaltenden Ruhe im Westjordanland wird es beiden Regierungen jedoch schwer fallen, ihre eigenen Bevölkerungen davon zu überzeugen, dass ein Frieden überhaupt möglich ist.

Die Bewohner Gilos, die seit zehn Jahren im Schatten der Mauer lebten, sollte es freuen. Vor Ort kann jedoch niemand dem Abriss der Mauer etwas Positives abgewinnen: „Ihr verschwendet doch nur unsere Steuergelder!“, ruft Zvi Aharon, der in eine Wohnung genau ge-

genüber der Mauer gezogen ist, den Soldaten zu. „Wenn es wieder los geht müsst ihr die Mauer ohnehin wieder aufstellen.“ Wie rund 60 Prozent der Israelis hat auch Aharon keine Zweifel daran, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Palästinenser wieder zu den Waffen greifen: „Wenigstens sind die Fenster in meiner Wohnung mit Panzerglas versehen“, sagt der gottesfürchtige Arbeitslose. Auch Elka Schiffmann, die seit Jahren in Gilo arbeitet, glaubt nicht an die Ruhe: Einmal Terrorist immer Terrorist, sagt sie. Schade, dass sie die Mauer wegnehmen. Die Bemalung war schön, sagt eine ältere Dame, der die gemalte Illusion auf Beton lieber ist als ein freier Ausblick auf Bethlehem und die Berge Judas. In einer nahen Synagoge stehen noch die Betonblöcke, die einst den Eingang schützten. An den Wänden sind noch die Einschüsse sichtbar: Ich hoffe die nehmen sie nicht weg, sagt Maor, ein 19 Jahre alter Schüler, der hier hinter Panzerglas die Bibel studiert.

Spenden und Luftbrücke für Pakistan

Nato will Hilfsgüter in die Flutgebiete transportieren – Islamabad akzeptiert Unterstützung vom Erzeind

**New York.** Nach einem eindringlichen Appell der UN haben mehrere Regierungen ihre Hilfe für Pakistan erhöht. Die USA stockten ihre Unterstützung von 60 auf 150 Millionen US-Dollar auf. Großbritannien sagte rund 100 Millionen Dollar zu. Die Nato plant unterdessen eine Luftbrücke, um die Versorgung in den Hochwassergebieten in Pakistan zu unterstützen. Über sie könnten innerhalb einer Woche bis zu 500 Tonnen Hilfsgüter von Europa nach Pakistan gebracht werden, sagt

der deutsche Nato-General Egon Ramms. Einem Sprecher des Verteidigungsministeriums zufolge bot Deutschland Transportkapazitäten für die Luftbrücke an. Dafür sollen die auf dem Flughafen Halle-Leipzig stationierten Antonow-Frachtflugzeuge eingesetzt werden, die von der Nato gechartert sind.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) warb bei der EU dafür, die Handelsbeschränkungen für den europäischen Markt für pakistanische Produkte abzubauen.

Pakistans Außenminister Shah Mahmood Qureshi bedankte sich unterdessen bei der internationalen Gemeinschaft für die Hilfe. Zugleich akzeptierte die pakistanische Regierung nach tagelangem Zögern ein Hilfsangebot der verfeindeten Atommacht Indien in Höhe von fünf Millionen Dollar.

Nach einer ARD-Umfrage haben 40 Prozent der Deutschen bereits für die Flutopfer gespendet oder wollen es noch tun, 60 Prozent haben nicht die Absicht. (epd/afp)

„Reform für Rente mit 67 bleibt“

Von der Leyen weist Forderung der SPD nach Verschiebung ab

**Berlin.** Die Bundesregierung will an der Rente mit 67 nichts ändern. „Die Entscheidung der Großen Koalition, die Rente mit 67 ab dem Jahr 2029 einzuführen, war und ist richtig“, sagte Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Forderungen aus der SPD nach einer Verschiebung oder nach einer Aussetzung wies sie zurück. „Ich halte die Diskussion in der SPD für hochgefährlich. Wer den gemeinsamen Weg jetzt verlässt, schiebt aus Parteitaktik das ganze Risiko auf unsere Kinder“, sagte sie. Ak-

tuelle Zahlen zeigten, dass die Wirtschaft auf ältere Mitarbeiter setze.

SPD-Chef Sigmar Gabriel, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Generalsekretärin Andrea Nahles wollen dem SPD-Präsidium am Montag vorschlagen, den Beginn der Rentenreform so lange auszusetzen, bis die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 60 und 64 Jahren auf 50 Prozent gestiegen ist. Parteileute fordern den Beschluss eines Parteitagess über die Aussetzung. (apn)

„Mannschaftsgeist fehlt sogar innerhalb einer Partei“

Forscher Werner Weidenfeld übt massive Kritik am deutschen Politikbetrieb – Wissenschaftler sieht im Alternativlos-Argument eher Ratlosigkeit

**München.** Bundespräsident Christian Wulff will helfen, die Gräben zwischen Politikern und Bürgern zu schließen. Aber warum ist die Distanz so groß? Darüber sprach Ralf Müller mit dem Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld. Der Professor ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

**Freie Presse:** Herr Professor Weidenfeld, die Deutschen sind mit ihren Regierenden immer unzufriedener. Auch in anderen Demokratien lässt sich das beobachten. Was steckt hinter dieser Frust-Demokratie?

**Weidenfeld:** Zum einen handelt es sich um eine fast traditionelle Kurvenbewegung von Zustimmung bis Distanzierung der Wähler, die auch in früheren Wahlperioden zu beobachten war. Darüber hinaus findet jedoch eine Art Erosion

der Politik statt. Der Blick auf die Tiefendimension muss uns mit einem gewissen Besorgnis erfüllen.

**Freie Presse:** Was sehen Sie, wenn Sie in die Tiefe schauen?

**Weidenfeld:** Die Distanz zwischen Bürger und politischer Klasse war in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie so groß wie heute: Vertrauen in die Politik auf dem niedrigsten Stand, Bindewirkung der Parteien dramatisch geschrumpft, Wahlteilnahme im Sinkflug – das zeigt das empirische Datenmaterial.

**Freie Presse:** Woher kommt's?

**Weidenfeld:** Dahinter steckt so etwas wie eine politische Orientierungskrise. Die Politik ist situativ geworden. Im Vordergrund stehen pragmatische Problemlöser ohne Botschaft, ohne ein Bild der Zukunft. Daraus ergibt sich ein Erklärungsdefizit. Es fehlt aber nicht nur die Botschaft, sondern auch der

Mannschaftsgeist, eine solche Perspektive zu realisieren. Im Moment dominiert eine Form egozentrischer Profilierungsaktivitäten. Sie finden



Bemängelt fehlenden Mannschaftsgeist in der Politik.

Werner Weidenfeld

–FOTO: PENNY

den Mannschaftsgeist nicht einmal mehr innerhalb einer Partei, geschweige denn in einer Koalition.

**Freie Presse:** Gibt es keine großen politischen Visionen mehr oder sind nur die derzeitigen Politiker nicht in der Lage, solche zu entwickeln?

**Weidenfeld:** Wenn man optimistisch auf die Welt blickt, muss man sagen, das kann es durchaus demnächst wieder geben. Nur im heuti-

gen Status quo haben Sie keine Angebote. Das trifft nicht nur Deutschland, man kann auch nach Frankreich, Italien oder Amerika blicken.

**Freie Presse:** Wer hätte es denn heute in Deutschland im Kreuz, die Menschen wieder für eine große Idee zu begeistern? Die Kanzlerin ja offensichtlich nicht. Der große Star ist ja derzeit der Verteidigungsminister zu Guttenberg.

**Weidenfeld:** Die Kanzlerin ist eine Technikerin, der diese Art Denken in strategischen Botschaften abgeht. Das macht sie nicht zu einer schlechten Politikerin, aber die grundsätzliche Erosion der Republik hält sie mit dieser Machttechnik nicht auf. Guttenberg hat natürlich jetzt eine riesige Aufgabe mit der Bundeswehrreform, was ein Härtefall für ihn sein wird. Wenn Guttenberg ein Gesamtbild der sicherheitspolitischen Zukunft bietet, hat er eine Chance, das Erklärungsdefizit der Politik zu überwinden und eine

Meisterprüfung abzuliefern. Aber bisher hat er auch nur Details zugerufen.

**Freie Presse:** Wie groß ist ihre Hoffnung, dass man von den „egozentrischen Profilierungsaktivitäten“ wieder wegkommt?

**Weidenfeld:** Wenn die Politiker ihre Lernfähigkeit beweisen. Wieso sollte ein Politiker grundsätzlich unfähig sein, diese Problemlandschaft zu erkennen und eine Antwort darauf zu praktizieren. Diese Chance besteht immer. Alles kann wieder korrigiert werden. Deshalb ist auch der pausenlos ausgerufenen Satz falsch, dieses oder jenes sei alternativlos. Das ist eher ein Beleg der Ratlosigkeit. In der Politik haben Sie zu allem und jedem immer eine Alternative. Wir brauchen eine Strategie, die authentisch und zuverlässig umgesetzt wird. Die Politik darf nicht zusammenhanglos, sprunghaft, situativ agieren.